

Ungern





in

Ungarn

Ungarns konservative Revolution

Der österreichische Journalist Karl Pfeifer hat den Holocaust überlebt. Er konnte rechtzeitig vor den Massendeportationen von Jüdinnen und Juden aus Ungarn 1943 fliehen. Seit Jahrzehnten beobachtet er die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Ungarn. Der heute 81jährige gibt Einblicke in das gesellschaftliche Klima und die politische Landschaft Ungarns, das durch seine gegenwärtige „Konservative Revolution“ mehr denn je Gefahr läuft, zu einer geschlossenen Gesellschaft zu werden. Das Interview führte Till Schmidt.

Herr Pfeifer, angesichts der Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen wurde in den deutschen Medien meist von einem „Rechtsruck“ gesprochen. Sie finden den Begriff inadäquat. Warum?

Zwar hat sich das gesellschaftliche Klima in den vergangenen Monaten radikalisiert, doch ist die Bezeichnung „Rechtsruck“ verharmlosend. Völkisch-nationalistisches bis national-sozialistisches Gedankengut ist in der ungarischen Gesellschaft schon lange kein Randgruppenphänomen mehr.

Vielmehr fällt die Sozialdemagogie und das Propagieren „nationaler Werte“ durch die Völkischen- und National-Sozialisten bei großen Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Die Bezeichnung „Rechtsruck“ berücksichtigt auch die Gewalttätigkeit der extremen Rechten nicht, die bis zum Mord geht und sich gegen Roma sowie gegen Jüdinnen und Juden richtet. 2008/2009 wurden in Ungarn

neun Roma ermordet, es kommt regelmäßig zu brutalen Anschlägen auf Roma-Siedlungen. Die Ungarische Garde, eine von Jobbik („die Besseren“ oder „die Rechteren“) gegründete paramili-

Die Wahlergebnisse sind nicht überraschend.

tärische Organisation, marschiert ungestört und bevorzugt in Roma-Siedlungen auf, obwohl sie gerichtlich verboten wurde. Dabei schürt sie gezielt Pogromstimmung in der Bevölkerung - in einer Gesellschaft, in der antiziganistische Stereotype und Ressentiments tief verwurzelt sind. Auch Jüdinnen und Juden sind immer wieder Angriffen ausgesetzt.

Antisemitisches, antiziganisti-

sches und homophobes Gedankengut wird in großen Teilen der Politik, der öffentlich-rechtlichen wie privaten Medien, der Justiz oder der Polizei immer wieder unter anderem mit einem fadenscheinigen Verweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung bagatellisiert, toleriert oder (re)produziert. Diese Art der repressiven Toleranz verkehrt die Grundidee der Menschenrechte ins Gegenteil. Vertreter der jetzigen Regierungspartei Fidesz äußern sich häufig – meist in ihrer typi-

schen codierten Sprache¹ – antisemitisch, ohne dass sie mit Widerspruch aus ihrer Partei rechnen müssen. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen sind eine Konsequenz eines gesamtgesellschaftlichen Klimas, das sich mindestens seit der Wende von 1989 immer stärker in die Richtung eines völkisch-nationalistischen Denkens verschoben hat. Insofern überrascht es nicht, dass einerseits die völkisch-nationalistische Partei Fidesz die Wahl mit einer Zweidrittelmehr-

¹ Codierte Sprache: *Im Zusammenhang mit dem zur paranoiden Weltanschauung geronnenen modernen Antisemitismus, wonach sich „die Juden“ als „heimtückisch-zersetzender Fremdkörper und Weltvergifter“ gegen das „harmonisch und organisch gewachsene Volk“ verschworen hätten, existieren bestimmte, Codewörter. So werden „liberal“, „kosmopolitisch-urban“, „liberalbolschewistisch“, oder auch „nicht-christlich“ von Orbán und großen Teilen des Fidesz und der ungarischen Gesellschaft synonym zu „jüdisch“ verwendet.*



² Der Friedensvertrag von Trianon, einer der Pariser Vorortverträge, die den Ersten Weltkrieg formal beendeten, wurde am 4. Juni 1920 unterzeichnet. Als Kriegsverliererstaat musste Ungarn, das bis 1918 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gehörte, damit etwa zwei Drittel des altungarischen Territoriums abtreten, zum Beispiel an die heutige Slowakei oder an Rumänien. Infolge dessen wurde etwa ein Drittel der ungarischen Bevölkerung zu StaatsbürgerInnen der Nachbarländer.



³ Das völkisch-nationalistische Horthy-Regime existierte von 1919 bis 1944. Außenpolitisches Primat Hortyhys war die Wiederherstellung des Königreiches des Heiligen Stephan in seinen historischen Grenzen durch die

heit eindeutig gewann und andererseits die extrem rechte Jobbik-Partei einen Stimmenanteil von knapp 16 Prozent erreichte. In keinem Komitat, den ungarischen regionalen Verwaltungseinheiten, lagen sie unter zehn Prozent.

Wie würden Sie Fidesz („Bund junger Demokraten“) charakterisieren?

Fidesz – Mitglied der Europäischen Volkspartei, einem Zusammenschluss bürgerlich-konservativer Parteien auf EU-Ebene, der auch die CDU/CSU angehört – möchte als normale konservative Partei gelten. Dem entsprechend bezeichnet sie sich selbst als „nationalkonservativ“. Tatsächlich ist sie jedoch eine völkische Partei: Wie Jobbik hängt sie an der mythisch-völkischen Ideologie der Krone des Heiligen Stephan. Diese besagt im Wesentlichen, dass das ethnisch-kulturell definierte und mythisch überhöhte „ungarische Volk“ – die ungarischen Minderheiten im Ausland mit eingeschlossen – eine homogene und organisch gewachsene Einheit sei, eine Schicksalsgemeinschaft. In diesen Zusammenhang sind auch Äußerungen des Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu seinem Wahlsieg zu setzen: „Dies ist nicht der Sieg des Fidesz, es ist ein Sieg für Ungarn.“ Als Konsequenz dieses Ethnozentrismus werden In- und Outgroups konstruiert, wobei die Ingroups nicht innerhalb der Landesgrenzen leben müssen. So mobilisiert Fidesz mit innenpolitischer Hetze, unterschwelligem Antisemitismus, vulgärem Antikommunismus und billiger Sozialdemagogie.

Die Gesetzesnovelle zur Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft für ethnische UngarInnen in den Nachbarländern wurde als erstes Gesetz unter der neuen Regierung fraktionsübergreifend beschlossen. In Kraft treten soll es am 20. August, dem ungarischen Staatsfeiertag, der dem Heiligen Stephan gewidmet ist. Konflikte mit den Nachbarstaaten, in denen die rund 1,5 Millionen Menschen umfassenden ungarischen Minderheiten leben, sind vorprogrammiert. Das ungarische Parlament verabschiedete kürzlich den Beschluss, am 4. Juni – dem Jahrestag der Unterzeichnung des „Friedensdiktats von Trianon“² – eine Gedenksitzung abzuhalten. Man muss sich das einmal vorstellen: Das wäre, als würde in Deutschland der Bundestag nun eine Gedenksitzung anlässlich des „Schandfriedens von Versailles“ durchführen!

Viktor Orbán: „Revolution in den Wahlkabinen.“

Durch seine Zweidrittelmehrheit im Parlament hat Fidesz alle Möglichkeiten, die Verfassung zu ändern. Und das tut er auch. In seiner Siegesrede sprach Ministerpräsident Viktor Orbán von einer „Revolution in den Wahlkabinen“. Im Vorfeld der Wahl äußerte er, sein wesentliches Ziel sei es, „ein Regierungssystem zu schaffen, das die Chance auf die

Wiederherstellung des dualen Kraftfeldes auf ein Minimum reduziert“, und so die „nationale Einheit“ – verkörpert durch seine Partei – konserviere. Damit spielte er auf die tiefe politische und gesellschaftliche Spaltung an, die sich während der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition von 2002 bis 2010 dramatisch verstärkte.

Wie verhielten sich Orbán und sein Fidesz während dieser Zeit und in der ersten Amtszeit Orbáns von 1998 bis 2002?

Orbán setzte permanent die regierende sozialliberale Koalition mit dem Rákosi- und Kádársystem des sowjetischen Realsozialismus gleich. Nach der Auffassung Orbáns und der „Nationalkonservativen“ sei die „das Ungarntum“ unterdrückende sozialistische Fremdherrschaft nahtlos in die des „ausländisch-globalisierten Kapitals“ übergegangen. Die Globalisierung, für die die Sozialisten und Liberalen während ihrer Regierungszeit die

Tore geöffnet hätten, zerstöre das „Vaterland“ beziehungsweise das ethnisch-kulturell definierte „Magyarentum“.

Der Hass auf das „ausländisch-globalisierte Kapital“ veranlasste ihn auch, eine Äußerung István Széchenyis zu rezitieren, einem Politiker, der in der ersten

Hälfte des 19. Jahrhunderts wirkte: „Der Kosmopolit hält sich für weitherzig und besser als andere, weil er alle alten Gebräuche, angenommenen Urteile missachtet, er kann gleichzeitig Christ, Türke, Atheist sein, und sich mit der Geschicklichkeit eines Chamäleons an die sich um ihn befindlichen nützlich adaptieren.“ Das rechtsgerichtete Publi-

kum verstand, dass die Adressaten dieses verklausulierten Satzes „die Juden“ waren. In diesem Sinn äußerte sich zum Beispiel auch ein Abgeordneter des Fidesz, der damals stellvertretender Sprecher des ungarischen Parlaments war. Bei der Enthüllung einer Statue des 1927 verstorbenen katholischen Bischofs und antisemitischen Ideologen Ottokár Prohászka im Oktober 2009 verteidigte er den ehemaligen Bischof gegen den „geistigen Terror“, der angeblich bis 2009 in Ungarn geherrscht habe. Prohászka hatte sich noch vor Hitler für einen rassistisch begründeten Antisemitismus ausgesprochen.

Was war für die beiden Perioden weiterhin charakteristisch?

Orbán betrieb in seiner ersten Amtszeit eine weitreichende Kulturpolitik, in deren Folge sich beispielsweise die öffentlich-rechtlichen Medien verstärkt völkisch-nationalistisch ausrichteten. Außerdem rehabilitierte er das Horthy-Regime³. So wurde das „Haus des Terrors“ eingerichtet, in dem die Deportation von hunderttausenden Jüdinnen und Juden im Frühjahr 1944 nicht erwähnt wird und nur die Verbrechen der Pfeilkreuzler⁴ und der Kommunisten dargestellt werden. In der Tat stand Orbáns Politik in einigen Punkten durchaus in historischer Kontinuität zur Horthy-Ära.

Als Fidesz im Jahr 2002 die Parlamentswahlen knapp gegen die sozialliberale Koalition verlor, rief er anschließend zur Gründung sogenannter „ziviler Bürgerkreise“ auf. Sie waren ein Netzwerk der außerparlamentari-

schen antidemokratischen Opposition. Ihre vor allem im Medien- und Kulturbereich angesiedelten Aktivitäten trugen erheblich zur weiteren Polarisierung der ungarischen Gesellschaft bei.

Jobbik ist eine soziale Klassen und Milieus übergreifende völkische Gesinnungsgemeinschaft.

Eine Art Urknall war die so genannte „Lügenrede“ des damaligen Premierministers Gyurcsány im Jahr 2006. Er hatte sie eigentlich im internen Kreis der sozialistischen Regierungspartei MSZP gehalten, aber sie gelangte an die Öffentlichkeit und löste aggressive Ausschreitungen in Budapest aus. Gyurcsány gab in seiner Rede zu, dass seine damalige Regierung, um die Wahl zu gewinnen, die WählerInnen systematisch belogen hatte und für tiefgreifende Korruption verantwortlich war. Dies bot Fidesz Anlass zur Legitimierung seiner Fundamentalopposition. In dieser hitzigen Atmosphäre gewann auch Jobbik an Bedeutung, die nun zusammen mit Fidesz radikal gegen die sozialliberale Regierungskoalition agitierte.

Man fühlte sich in der Annahme bestätigt, dass Ungarn mit Ausnahme der Horthy-Ära traditionell – vom Sowjetkommunismus über die k. u. k. Monarchie bis zum Osmanischen Reich – unter Fremdherrschaft gelitten habe. Diese Fremdherrschaft hatte sich nach ihrer Auffassung nun als eine des „ausländisch-globaliserten“ – will sagen: „jüdischen“ – Kapitals und der korrupten Eli-

ten fortgesetzt. Antisemitismus ist auch bei Jobbik zentral verankert.

Wer und was steckt hinter der Partei, die bei den Parlamentswahlen im April knapp 17 Prozent der WählerInnenstimmen bekam?

Jobbik – zu Anfang von Fidesz in vielerlei Hinsicht gefördert und protegiert – ist eine Partei faschistischen Typs. Sie verbindet völkisches und national-sozialistisches Gedankengut miteinander und knüpft nicht nur optisch – etwa mit der „Ungarischen Garde“ – an die Tradition der Pfeilkreuzler an. Ihre Ideologie lässt sich mit diesen Schlagworten beschreiben: Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus, militanter Antiziganismus, paranoider und offener Antisemitismus, aggressive Homophobie, Kult der Gewalt. Jobbik will eine Revision von Trianon.

Die Partei betont zwar ihre christlichen Ausrichtung, doch ist klar, dass „christlich“ hier synonym zu „magyarisch“ und somit als Gegenbegriff zu Roma, Homosexuellen, Jüdinnen und Juden und anderen „Volksfremden“ und „-feinden“ gemeint ist. Ihr Führungskern besteht aus Universitätsangehörigen und Intellektuellen. Man kann also von einer soziale Klassen und Milieus übergreifenden völkischen Gesinnungsgemeinschaft sprechen.

Revision von Trianon; ab 1933 auch um den Preis eines Bündnisses mit den Achsenmächten. Neben Revanchismus, Chauvinismus, Antiliberalismus und Antikommunismus war das Regime durch Antisemitismus gekennzeichnet. Das erste antijüdische Gesetz war das Numerus-Clausus-Gesetz von 1920, das die Anzahl der Juden an ungarischen Universitäten beschränkte. Später folgten weitere antijüdische Gesetze, die teils rassistisch begründet waren. Gemäß dem alten antisemitischen Stereotyp waren für Horthy „die Juden“ gleichermaßen für Liberalismus und Kommunismus verantwortlich, beides sah er als Gefahr für den organisch gewachsenen und homogenen „ungarischen“ Volkscharakter. Nach der Besetzung Ungarns durch das national-sozialistische Deutschland im März 1944 wurden binnen weniger Wochen etwa eine halbe Million Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager deportiert. Entgegen der verbreiteten Ansicht machten die ungarischen Behörden bei der Ghettoisierung, Beraubung

und Deportation der Jüdinnen und Juden mit.



⁴ Die Pfeilkreuzler waren eine nationalsozialistische ungarische Partei. Nach dem vergeblichen Versuch Horthys, mit Hilfe eines Separatfriedens mit den Alliierten aus dem Bündnis mit Deutschland auszuscheren, wurde den Pfeilkreuzlern am 15. Oktober 1944 die Macht übertragen. Ihre Schreckensherrschaft kennzeichnete sich durch die Fortführung der unter der Horthy-Administration begonnenen „Endlösung der Judenfrage“, indem sie zehntausende Jüdinnen und Juden in Gewaltexzessen ermordeten beziehungsweise in Fußmärschen Richtung Österreich trieben. Auch mehrere tausend Roma fielen den Pfeilkreuzlern zum Opfer.

In welchem Verhältnis stehen Jobbik und Fidesz zueinander?

Zwischen Fidesz und Jobbik gibt es keine klare Trennlinie. Fidesz hat gegenüber Jobbik und der Öffentlichkeit immer wieder signalisiert, dass er keine Notwendigkeit sieht, sich von deren Ideologie zu distanzieren. Auf kommunaler Ebene koalieren die beiden Parteien häufig und gerne miteinander. Auch ihre WählerInnenschaft überschneidet sich.

Während des Wahlkampfes wurde das Verhältnis zwischen den beiden Parteien jedoch immer gespannter, da Jobbik nach ihrem großen Erfolg bei den Europawahlen vergangenen Jahres für Fidesz zu einem unliebsamen Konkurrenten wurde. Auch galt es angesichts der Aufmerksamkeit und Kritik aus dem Ausland zu suggerieren, Fidesz sei eine normale konservative Partei. Um seine Macht zu konsolidieren, darf der Fidesz auch die rechtsextremen WählerInnen nicht verprellen. Auch Jobbiks Wahrnehmung des Fidesz hat sich inzwischen geändert: Fidesz wird nun als „Vaterlandsverräter“ oder als „Zsidesz“ – eine Verballhornung des ungarischen Worts für Jude (Zsidó) – bezeichnet.

Wie kann man die Lage der etwa 600.000 bis 700.000 in Ungarn lebenden Roma – immerhin fast sieben Prozent der Gesamtbevölkerung – einschätzen? Sie stehen ja im Visier nicht nur von Jobbik ...

Richtig. 2007 gründete Jobbik die „Ungarische Garde“ als ihren paramilitärischen Arm. Die „Garde“ versteht sich als „natio-

nale Selbstverteidigungsorganisation“ und erklärte sich bereit, „das Heimatland“ mit Waffen zu verteidigen. Man wolle auch Aufgaben im Katastrophen- und Zivilschutz übernehmen, aber insbesondere vor „ZigeunerInnenkriminalität“ schützen. In ihren schwarzen Uniformen und mit Symbolen wie der rot-silbernen Árpádfahne, die schon von den Pfeilkreuzlern verwendet wurde, marschiert sie durch Roma-Stadtviertel und -Dörfer. Sie versetzt die Roma in Angst und Schrecken und schürt mit ihrer antiziganistischen Hetze gezielt Pogromstimmung. In den letzten Jahren kam es zu mehreren brutalen Anschlägen, bei denen neun Roma starben. Bei einem Brandanschlag in einer Ortschaft in der Nähe Budapests wurden ein Vater und sein fünfjähriger Sohn erschossen. Im November 2008 wurden vier Roma durch Anschläge mit Molotowcocktails, Handgranaten oder Feuerwaffen ermordet. Viele der erfassten brutalen

Selbst der Vorsitzende der „grünen“ Partei sprach sich für absolute Redefreiheit aus.

Angriffe auf Roma blieben unaufgeklärt.

Kleriker haben keine Berührungängste und weihten immer wieder die Fahnen der Garde. Als 2008 in einer inszenierten Zeremonie 56 Gardisten vor der Budapester Burg, dem Amtssitz des ungarischen Staatschefs, vereidigt wurden, traten unter ande-

rem der Ex-Verteidigungsminister der ersten postkommunistischen Regierung und eine Fidesz-Abgeordnete als RednerInnen auf. Das Budapester Stadtgericht verbot die Garde 2008, doch wegen juristischer Details blieb das Urteil ohne Wirkung. In dieser Legislaturperiode regierten die Sozialisten, die die rechtsextremen Aggressionen bagatellisierten und vor ihnen zurückwichen. Sie haben es versäumt, gegen die Garde vorzugehen. Es wird sich zeigen, wie Orbán mit der Garde umgeht.

Den Äußerungen des Bürgermeisters der Stadt Edelény, Oszkár Molnár, der Mitglied der letzten Fidesz-Parlamentsfraktion war und bei den jüngsten Wahlen als von Jobbik unterstützter parteiloser Kandidat erfolgreich antrat, trat Orbán alles andere als entschieden entgegen ...

Ja. Molnár sagte im Juni 2009 in einer von ihm geleiteten Ratssitzung, es sei ein „offenes Geheimnis“, dass „in den mehrheitlich von Zigeunern bewohnten Ortschaften“ um Edelény schwangere Frauen Medikamente einnahmen oder ihre Bäuche mit Gummihämmern traktierten, um „behinderte“ Kinder zur Welt zu bringen und so doppeltes Kindergeld zu erhalten. In derselben Ratssitzung äußerte sich der Bürgermeister offen homophob. In einer lokalen Fernsehsendung fügte er hinzu: Das „globale Kapital, jüdische Kapital, wenn Sie so wollen“, wolle „die ganze Welt“ erobern, vor allem jedoch Ungarn, weshalb die Kinder in Jerusalem bereits ungarisch lernen würden.

Die Reaktion Viktor Orbáns, der mit seinem Fidesz ab dem ersten

Halbjahr 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird, war bezeichnend: Zunächst sprach er von einer „lokalen Angelegenheit“. Später bagatellierte er die Äußerungen als „peinlich“ und fügte hinzu, dass es „in Ungarn von den politischen Führern nicht erwartet“ werde, „sich von etwas zu distanzieren, sondern dass sie endlich Ordnung schaffen“, also die Nation von der Fremdbesetzung der angeblich brüsseltreuen „Bankier-Regierung“, wie es Orbán einmal formulierte, zu befreien. Dies ist nun gelungen.

Wie ist es um eine parlamentarische Opposition und zivilgesellschaftlichen Widerstand bestellt?

Eine ernstzunehmende und vor allem handlungsfähige parlamentarische Opposition gibt es nicht. Fidesz und Jobbik kommen ja zusammengerechnet auf knapp 80 Prozent der Sitze im Parlament. Die Sozialisten, notorisch zerstritten, haben durch Korruption dramatisch an Glaubwürdigkeit verloren. Auch zeichneten sie sich in der Vergangenheit nicht gerade durch vehementes Vorgehen gegen Jobbik, die „Ungarische Garde“ und Co. aus. Die „grüne“ LMP, die knapp 7,5 Prozent der Stimmen erhielt, verdient Misstrauen, da ihr Vorsitzender für die absolute Redefreiheit eintrat. Außerdem hat auch sie an der Trianon-Sitzung des Parlaments teilgenommen.

Organisierten, aktiven zivilgesellschaftlichen Widerstand gibt es kaum, die ungarische Mehrheitsgesellschaft hat anscheinend nichts gegen Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie. Auch die christlichen Kirchen profitieren von der Wende nach rechts. Ein Lichtblick war

die Teilnahme von etwa 20.000 Menschen am diesjährigen Holocaustgedenktag in Budapest. Es ist ein schlechter Witz, wenn, wie von einem Großteil der selbsternannten AntifaschistInnen praktiziert, der Faschismus immer noch nach der so genannten Dimitrow-Formel⁵ definiert und somit Jobbik als ausländisch importiertes Produkt des Finanzkapitals abgetan wird, so als handle es sich nicht um tief verwurzeltes ungarisches Gedankengut.

Allerdings wäre es kontraproduktiv, mit dem Finger auf Ungarn zu zeigen, denn es gibt auch westlich der ungarischen Grenze genug Rassismus und Antisemitismus.<



⁵ *Der sowjetkommunistische Ideologe Georgi Dimitrow definierte den Faschismus als die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Durch seine Rede auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen 1935 wurde die so genannte Dimitrow-These offizielle und klassisch marxistische Definition des Faschismus. Sie ist heute unter Linken umstritten und gilt weitgehend als überholt.*



Dummheit im Quadrat
*Vereidigungsfeier der Ungarischen Garde
auf dem Budapester Heldenplatz 2009*

